

## **Inhalt der Sitzung vom 23.07.2012**

### **TOP Ö 2**

#### **Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach 378 Abs. 4 GemO**

Der Gesangverein Liederkranz 1891 e.V. pflanzte einen „Liederkranz-Baum“ in der Castelnau-le-Lez-Anlage. Mit der Pflanzung des Baumes wurde auch an den verstorbenen Vorsitzenden Günther Kolb erinnert. Bei dem Baum handelt es sich um eine Eiche, die über die Gemeinde beschafft wurde.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) fragte, wer den Baum künftig versorge, damit dieser nicht kaputt gehe und regte den Austausch von Bäumen in der Castelnau-le-Lez-Anlage im Spätjahr an. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Karl Schleich (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD. Sie fragte, ob hier ein Ersatzbaum gesetzt wurde und wer die Kosten hierfür trage? BGM Schmitt sagte, dass der Baum wegen Schädlingsbefall kostenlos getauscht wurde.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte, ob der Standort ein geeigneter Platz sei? Der Blutbuchenersatz der GLP sei dort nicht gepflanzt worden. Er forderte, in dem Areal keine weiteren Bepflanzungen wegen Beschattung und Verdichtung vorzunehmen und gab die Zustimmung der GLP. Zuletzt merkte Hohl an, dass die Pflanzung hier durch den Bauhof vorgenommen wurde, die GLP ihren Baum allerdings selbst gepflanzt habe.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass in dem Areal ein Ahorn eingegangen sei und die Rotbuche daneben auch mit einem Pilz befallen sei. Die Bäume stünden zu dicht.

Der Gemeinderat gab einstimmig seine Zustimmung.

### **TOP Ö 3 + TOP Ö 4**

#### **Zustimmung des Gemeinderats zu überplanmäßigen Ausgaben bei den Sanierungsarbeiten der Turn- und Schwimmhalle der Friedrichschule - Fassadensanierung Turn- und Schwimmhalle Friedrichschule – Auftragsvergabe und Kostenentwicklung**

Aufgrund von zusätzlich erforderlichen Sanierungsarbeiten an der Turn- und Schwimmhalle der Friedrichschule entstehen Mehrkosten. Bisher stehen 630.585,46 € für die Unterhaltung und 780.585,46 € für die Wärmedämmung als Haushaltsmittel bereit. Für die Wärmedämmung werden zusätzlich 50.000 € und für die Unterhaltung zusätzlich 100.000 € als überplanmäßig benötigt.

Dieser TOP wurde gemeinsam mit TOP 4 aufgerufen. Architekt Roth war im Gemeinderat anwesend und gab einen Sach- und Zustandsbericht über die betreffende Bausubstanz.

Nach der Vergabe großer Leistungsbereiche im November 2011 wurden nun planmäßig weitere Leistungen ausgeschrieben. Nach Beginn der Bauarbeiten in den diesjährigen Pfingstferien hat sich bei einigen Gewerken

gezeigt, dass der Eingriff in den Bestand aufgrund des Auftauchens gesundheitsschädlicher Baustoffe sowie ungeeigneter, nicht tragfähiger Untergründe größer ausfallen muss, als ursprünglich geplant. Herr Architekt Roth hat den Aufwand für die zusätzlichen Leistungen gegenüber der Kostenberechnung vom 20.06.2011 in Höhe von 687.000 € auf ca. 225.000 € geschätzt, so dass sich die Gesamtkosten aus heutigem Stand auf ca. 910.000 € belaufen. Die Mehrkosten sind als überplanmäßige Ausgaben zu finanzieren. Als bisher nicht vorgesehene Leistung sticht die Notwendigkeit der Erneuerung der Decke in der Turnhalle und im Treppenhaus heraus. Dieser großflächige Eingriff war nicht geplant und stellt eine zusätzliche Leistung dar, die aber im Hinblick auf den Gesundheitsschutz der Nutzer unumgänglich ist. Der Aufwand hierfür wird auf ca. 203.000 € geschätzt. Mit einer Angebotssumme von 22.411,87 € hat die Firma Sport- und Fußbodentechnik aus Ditzingen das wirtschaftlichste Angebot für die Schreinerarbeiten abgegeben.

Das wirtschaftlichste Angebot für die Deckenbauarbeiten wurde von der Fa. Armin Schmitt Heizungsbau GmbH aus Eppelheim mit einer Angebotssumme in Höhe von 155.548,64 € incl. MwSt. abgegeben.

Dieser TOP wurde gemeinsam mit TOP 3 aufgerufen. Architekt Roth war im Gemeinderat anwesend und gab einen Sach- und Zustandsbericht über die betreffende Bausubstanz.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) fragte, ob die Fassadenkunstwerke erhalten blieben? Herr Roth sagte, dass die einzelnen Aluminiumplatten z.Zt. abgebaut sind und erhalten werden.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass er erschrocken sei, wie der Zustand der Turn- und Schwimmhalle aussehe. Er fragte warum keine Baubeschreibung mehr auffindbar sei und mit welchen weiteren Überraschungen noch zu rechnen sei?

Herr Roth sagte, dass es in diesem Gebäudealter die Regel sei, dass Unterlagen nicht mehr vorhanden sind. Mende forderte eine Fotodokumentation und fragte nach dem damaligen Bauleiter. BAL Boxheimer sagte, dass dies damals Bezirksbaumeister Schmidtken aus Schwetzingen war. Mende fragte nach der Stärke des Dämmmaterials und ob Brandriegel eingebaut würden? Die Stärke beträgt 16 cm und es werden Brandriegel eingebaut. Mende fragte, ob die Mineralwolle, die in der Wand verbaut werde, schädlich sei? Herr Roth sagte, dass dieser Baustoff nicht wegzudenken sei und es neue Materialien gebe, die aus heutiger Sicht unbedenklich eingebaut werden können.

GR Silke Layer (PL) sprach von einem „Überraschungsei“ und gab die Zustimmung der PL, um den Bürgerinnen und Bürgern eine gut funktionierende Halle nach der Sanierung zu präsentieren. Es sei gut, dass keine neue Lüftungsanlage benötigt wird.

GR Gerhard Waldecker (PL) fragte, ob es noch eine weitere Zuschussmöglichkeit gebe wegen der Mehrkosten bei der Decke. BGM Schmitt sagte, dass man ohne die durch die Decke entstandenen zusätzlichen Kosten die angemeldeten Zuschussmittel nicht in vollem Umfang erhalten hätte, so dass hier quasi eine weitere Bezuschussung erfolgt.

GR Andreas Berger (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) meldete Bedenken zum Baustoff Styropor an und gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) forderte, dass die nun vorliegenden Pläne archiviert werden. Der Baufortschritt sei soweit, dass die Abstimmung eigentlich eine Farce sei, man könne nicht dagegen stimmen, es sei denn, man wolle den Baufortschritt stoppen. Er gab die Zustimmung der GLP.

Der Gemeinderat gab einstimmig seine Zustimmung.

## **TOP Ö 5**

### **Rechnungsergebnisse bei der Abwasserbeseitigung**

#### **Ausgleich von Kostenüber-/und –unterdeckungen der Jahre 2010 bis 2011**

#### **Feststellung und Vortrag der verbleibenden Gesamtunterdeckung in Folgejahren**

Nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes sind Kostenüberdeckungen innerhalb der folgenden fünf Jahre auszugleichen, Kostenunterdeckungen können in diesem Zeitraum ausgeglichen werden. Gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 02.05.2011 beträgt die verbleibende Gesamtunterdeckung bei der Abwasserbeseitigung 2010 136.894,57 €. Die Unterdeckung aus 2011 beträgt 176.011,14 €, hiernach ergibt sich eine verbleibende Gesamtunterdeckung aus den Jahren 2010 und 2011 von 312.905,71 €. Von der Gesamtunterdeckung entfallen schätzungsweise gemäß den überarbeiteten Kostenanteilen der Kalkulation der gesplitteten Abwassergebühren für 2010 bis 2011 22,8% auf Niederschlagswasser und 77,2 % auf Schmutzwasser.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster stimmte für die CDU-Fraktion zu.

GR Gaby Wacker (SPD) sagte, dass der Sachverhalt komplex sei. Sie fragte, wie viele Mittel für 2012 bis jetzt ausgegeben worden seien? BGM Schmitt sagte, dass man diese Frage ad hoc in der Sitzung nicht beantworten könne. Hier hätte man vorher einen Hinweis erhalten müssen, um eine entsprechende Aufstellung fertigen zu können. GR Wacker sagte, dass eine Verzinsung des Anlagekapitals in Höhe von 5 % unrealistisch hoch sei. RAL Kroiher sagte, dass man laut Prüfung der GPA sogar mit bis zu 5,3 % rechnen könne. GR Wacker gab die Ablehnung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) hielt fest, dass 2011 die Kosten für die Berechnung der versiegelten Flächen hinzu kamen. Sie gab die Zustimmung der GLP.

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit

15 Ja-Stimmen PL (6) CDU (6),GLP (2), die Stimme des Bürgermeisters

3 Nein-Stimmen SPD (3)

## **TOP Ö 6**

### **Feststellung der Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2011 und der Werksrechnung der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2011**

Gemäß § 95 Abs. 2 der GemO stellt der Gemeinderat die Jahresrechnung 2011 und die Werksrechnung der Gemeindewasserversorgung 2011 fest. Die Jahresrechnung stellt einen Verwaltungshaushalt in Einnahmen und Ausgaben von 18.119.190,72 € und einen Vermögenshaushalt in Einnahmen und Ausgaben von 2.054.419,09 €

fest. Daraus ergeben sich eine Zuführung vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt von 334.384,43 € und eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von 2.271.312,39 €. Die Vermögensrechnung schließt mit einer Gesamtsumme von 41.353.135,29 €, der Stand der Schulden beträgt 4.464.133,34 €.

Der Jahresabschluss 2011 des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung Plankstadt ist gemäß § 16 Abs. 3 EigBG vom Gemeinderat festzustellen. Die Bilanzsumme beträgt 1.850.489,48 €, der Jahresgewinn 25.038,98 €, die Summe der Erträge beträgt 900.414,84 € und die Summe der Aufwendungen beträgt 875.375,86 €. Der Jahresgewinn in Höhe von 25.038,98 € wird in die Rücklage der Gemeindewasserversorgung eingestellt.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) sagte, dass es erfreulich sei, dass die Finanzkennzahlen des VwH um 1,4 Mio. € besser als geplant seien. Auf Kreditaufnahmen konnte erfreulicher Weise verzichtet werden, aber aus der allgemeinen Rücklage mussten 2,7 Mio. € entnommen werden. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass das Ergebnis besser als geplant sei, allerdings schlechter als im Vorjahr. Sie bedauerte, dass Gelder aus der Rücklage entnommen werden mussten und zeigte sich erstaunt über den geringen Kostendeckungsgrad beim Bestattungswesen. Sie gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass man - wenn die Sanierungsmaßnahmen abgeschlossen sind - einen Silberschweif am Horizont sehe. Er monierte die Verzinsung des Anlagekapitals mit 5 % und wies auf einen starken Anstieg der Verwarnungs- und Bußgelder hin. Er gab die Ablehnung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass sich der Rechenschaftsbericht in den wesentlichen Punkten nicht von denen anderer Gemeinden unterscheide. Man habe ein Finanzpolster vorliegen, allerdings seien die HH-Reste aufgefallen. Der Jahresgewinn der Wasserversorgung sei gut, man gehe davon aus, dass die Wassergebühren nicht erhöht würden.

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit

13 Ja-Stimmen PL (6), CDU (6) und die Stimme des Bürgermeisters

3 Nein-Stimmen SPD (3)

2 Enthaltungen GLP (2)

## **TOP Ö 7**

### **Gewährung von Trägerdarlehen der Gemeinde an den Eigenbetrieb Gemeindewasserversorgung Plankstadt**

Im Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebs der Gemeindewasserversorgung Plankstadt ist eine Kreditermächtigung von 900.000 € enthalten und der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 950.000 € festgesetzt. Die Gemeinde verfügt derzeit über ca. 4,6 Mio. € liquide Mittel. Für diese erhält sie auf ihrem Cash-Management-Konto derzeit 0,65 % Zinsen p.a. Daraus ergibt sich die Chance, den Schuldenstand nachhaltig zurückzuführen. Hierzu sollten sämtliche Kredite, bei denen die Zinsbindung ausläuft, getilgt und Sondertilgungsrechte in Anspruch genommen werden.

Im Blick auf eine steuerliche Optimierung sollte das Eigenkapital die für die Verzinsung von der Gemeinde an die Gemeindewasserversorgung gewährten Darlehen geltende Mindestanforderung von 30 % des Eigenkapitals der Gemeindewasserversorgung nicht wesentlich übersteigen und die diese Grenze überschreitenden Mittel als

verzinsliche Trägerdarlehen von der Gemeinde an den Eigenbetrieb gewährt werden. Hier würde es sich um die Summe von insgesamt 549.032,54 € handeln. Das Eigenkapital belief sich zum 31.12.2011 auf 238.586,98 €, d.h. es fehlen noch 310.445,56 €. Diese Ausgaben wären wesentlich bereits durch die außerplanmäßigen Einnahmen aus Konzessionsausgaben der Gemeindewasserversorgung der Jahre 2010 und 2011 finanziert.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) sagte, dass es vorteilhaft für den Gebührenzahler sei und gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die Vorlage in Teilen schwer verständlich sei, in Zukunft müsse man derartige Sachverhalte verständlicher darstellen. Er gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass man den TOP in den Ausschuss verweisen solle und dort näher erläutern. Sie gab die Enthaltung der GLP.

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit

16 Ja-Stimmen PL (6), CDU (6), SPD (3), die Stimme des Bürgermeisters  
2 Enthaltungen GLP (2)

## **TOP Ö 8**

### **Zustimmung des Gemeinderats zu Sondertilgungen von Darlehen und zur Rückzahlung eines Darlehens**

Zum 15.09.2011 wurde ein Darlehen bei der Gemeindewasserversorgung in Höhe von 800.000 € mittels eines Forward-Darlehens (Gemeinderatsbeschluss im Jahr 2009) umgeschuldet. Die Verzinsung beträgt 4,406 % p.a. Kommunaldarlehen mit 10-jähriger Sonderzahlungen sind während der Zinsfestschreibungsfrist bis zu einem Betrag von 40.000 € (5 % des Forwardbetrags) ohne Berechnung eines Vorfälligkeitsentgeltes möglich. Aus wirtschaftlichen Gründen empfiehlt es sich, diese zulässigen Sondertilgungen vorzunehmen.

Zum 30.03.2012 wurde ein Darlehen bei der Gemeinde in Höhe von 730.000 € mittels eines Forward-Darlehens (Beschluss im Jahr 2009) umgeschuldet. Die Verzinsung beträgt 4,50 % p.a. Aus wirtschaftlichen Gründen empfiehlt es sich die zulässige Sondertilgung in Höhe von 36.500 € ab dem Jahr 2013 ff vorzunehmen.

Zum 28.02.2003 wurde ein Darlehen von der Gemeinde in Höhe von 1.000.000 € aufgenommen. Die Verzinsung beträgt 3,99 % pro Jahr. Aufgrund der Liquidität der Gemeindekasse sollte die Restschuld dieses Darlehens vollständig zum 28.02.2013 zurückgezahlt werden. Die Mittel zur Tilgung in Höhe von 764.000 € sind in der Finanzplanung für das Jahr 2013 bereits eingestellt.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) gab die Zustimmung der CDU. Sie fragte, was das für die Höhe der Pro-Kopf-Verschuldung ausmache? RAL Kroihner sagte ca. 80 € ohne die Sondertilgungen.

GR Jutta Schneider (SPD) sprach ein Forwarddarlehen an, das 2009 aufgenommen wurde. Hier fand sie die hohen Zinssätze störend und fragte, ob sich die Gemeinde mit diesem Forwarddarlehen verspekuliert habe. RAL

Kroiher sagte, dass es zu dem Zeitpunkt der Darlehensaufnahme eine klare Empfehlung der GPA gab, sich festzulegen. Schneider sagte, dass sie zu den Umschuldungen keine Beschlüsse gefunden habe. BGM Schmitt sagte, diese wurden 2009 bereits mit beschlossen, als Frau Schneider noch nicht Gemeinderatsmitglied war. Schneider erkundigte sich weiter nach der Restlaufzeit der Darlehen, für welche Sondertilgungen vorgenommen werden sollen und erhielt die Antwort 10 Jahre. Schneider sagte, die SPD könne der Sondertilgung für 2012 und 2013 zustimmen, über spätere Sondertilgungen solle der Gemeinderat allerdings gesondert abstimmen.

## **TOP Ö 9**

### **Führung der Turn- und Schwimmhalle der Friedrichschule rückwirkend zum 01.01.2012 als Betrieb gewerblicher Art**

Auf Anregung der Gemeindeprüfungsanstalt hat die Verwaltung im Blick auf die laufenden Sanierungsmaßnahmen geklärt, ob die Führung der Sporthalle mit Hallenbad der Friedrichschule sinnvoller und wirtschaftlicher als Betrieb gewerblicher Art geführt werden kann. Nach Rücksprache mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe und dem Finanzamt Schwetzingen kam man zu dem Ergebnis, dass die finanziellen Vorteile den verursachten Verwaltungsaufwand deutlich übersteigen. Nach Berechnung der Verwaltung ist bereits ohne außergewöhnliche Unterhaltungsaufwendungen von einem jährlichen Steuervorteil von ca. 7.000 € auszugehen, im Jahr 2012 durch außergewöhnliche Aufwendungen sogar von ca. 73.000 €. Es ist allerdings zu beachten, dass ein Betrieb gewerblicher Art mindestens 10 Jahre zu führen ist.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) erkundigte sich, ob mit einem erhöhten Personalaufwand zu rechnen sei, was allerdings vom BGM verneint werden konnte. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) gab die Zustimmung der CDU und sagte, dass die Vorteile die Nachteile überwiegen würden.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die Höhe des Vorteils sehr schwer zu ermitteln sei. Man könne nicht fiktiv zustimmen, daher gab er die Enthaltung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass man seitens der GLP dem Konstrukt näher treten könne.

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit

15 Ja-Stimmen PL (6), CDU (6), GLP (2) die Stimme des Bürgermeisters  
3 Enthaltungen SPD (3)

## **TOP Ö 10**

### **Bauantrag zur Errichtung einer Holzfarm mit Hackerdienstleistungen auf dem Grundstück Flst.Nr. 2405, Alsheimer Weg 9**

Auf dem betreffenden Aussiedlerhofgrundstück wurde zum 01.07.2011 eine Holzfarm mit Hackerdienstleistungen gewerberechtlich angemeldet und am 24.05.2012 nachträglich der erforderliche Bauantrag eingereicht. Danach wird auf dem insgesamt 19.973 m<sup>2</sup> großen Grundstück für die Holzfarm eine Fläche von 4.540 m<sup>2</sup> in Anspruch genommen.

Die Holzfarm erfüllt weder die Privilegierungsvoraussetzungen des § 35 Absatz 1 Nr. 1 Bau GB für einen

landwirtschaftlichen Betrieb noch für einen forstwirtschaftlichen Betrieb. Die Holzfarm könnte auf den anderen Aussiedlerhofgrundstücken weitere landwirtschaftsfremde Nutzungen nach sich ziehen. Dieser Strukturwandel ist vor dem Hintergrund der Schonung des Außenbereichs nicht gewollt. Das Baurechtsamt hat auch das Amt für Landwirtschaft und Naturschutz sowie das Gewerbeaufsichtsamt zur Abgabe ihrer Stellungnahme aufgefordert.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass viele landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr ohne „zweites Standbein“ existieren könnten. Sie erachtete einen Bebauungsplan für das betroffene Gebiet als sehr wichtig. Sie gab die Enthaltung der PL.

BGM Schmitt sagte, dass es hier keinen Bebauungsplan gebe und alles nach § 35 BauGB („Außenbereich“) beurteilt wird. Der Gemeinderat kann allerdings für das Gebiet einen Bebauungsplan beschließen.

GR Jutta Schuster (CDU) sprach von einer unglücklichen Situation. Die Landwirte würden um ihr Überleben kämpfen und versuchten nun ein unterstützendes Betätigungsfeld zu finden. Das Gesetz schreibe allerdings vor, dass der Antrag für eine gewerbliche Nutzung kein Schlupfloch lasse, so dass die CDU dem Beschlussvorschlag zustimme.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass der Strukturwandel die ganze Gesellschaft betreffe, nicht alleine die Landwirtschaft. Man dürfe und könne nicht mit zweierlei Maß messen. Er gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass andere Vorgänge die Strukturwandel deutlicher zeichnen. Er forderte, dass die Begrifflichkeit „Holzfarm“ nicht übernommen werde und gab die Zustimmung der GLP.

GR Hans-Peter Helmling (CDU) sagte, dass er den Beschlussvorschlag nicht mittragen könne und eine andere Meinung als seine Fraktion vertrete.

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit  
11 Ja-Stimmen CDU (5), SPD (3), GLP (2), die Stimme des Bürgermeisters  
1 Nein-Stimme GRat Helmling (CDU)  
6 Enthaltungen PL (6)

## **TOP Ö 11**

### **Bekanntgabe der aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 11.06.2012 gefassten Beschlüsse**

## **TOP NÖ 2**

### **Ausschreibung einer zusätzlichen Stelle für die Hauptverwaltung**

Mehrheitlich angenommen.